



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche war ich Gast der Bundesfachkonferenz des Deutschen Caritasverbandes in Berlin. Dabei ging es um die Weiterbildungsmöglichkeiten bei den Freiwilligendiensten. Diese finden meist in

Einrichtungen des Bundes statt, was historische Gründe hat. Sie wurden geschaffen, als es noch den Zivildienst als Ersatz für den Wehrdienst gab. Es ist sinnvoll, diese schon bestehenden Einrichtungen weiter zu nutzen. Sie werden in erster Linie für die Seminare zum Thema politische Bildung genutzt. Diese einwöchigen Kurse sind verpflichtend vorgeschrieben. Die vier verbleibenden Weiterbildungswochen können auch von den Trägern der Freiwilligendienste in ihren eigenen Einrichtungen veranstaltet werden.

Im Bundestag dominieren diese Woche zwei

Themen. Das eine war die Verabschiedung des Haushaltes 2014.

Erfreulicherweise hat der Etat des Bundesfamilienministeriums eine Aufstockung von über einer Milliarde Euro erhalten. Mehr dazu auf den nächsten Seiten.

Das zweite wichtige Thema im Plenum war am Freitag die Abstimmung über die Novelle des erneuerbaren-Energien-Gesetzes. Ziel ist es, die Kosten für die Endverbraucher zu senken.

Viele anregende Gedanken beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr
Martin Patzelt



Familienetat mit knapp acht Milliarden Euro

Um 1,08 Mrd. Euro höher ausfallen wird 2014 der Etat für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das haben wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag beschlossen.

Damit geben wir in diesem Jahr insgesamt 7,96 Mrd. Euro für familienpolitische Leistungen aus. Nicht enthalten in dieser Summe sind die rund 40 Mrd. Euro, die als Kindergeld ausbezahlt bzw. als Kinderfreibetrag ange-

rechnet werden. Diese Leistung ist im Bundesfinanzministerium angesiedelt.

Von den rund acht Milliarden des Familienministeriums entfällt der größte Brocken auf das Elterngeld, das sich immer größerer Beliebtheit erfreut und darum ausgebaut wird. Zu den weiteren Leistungen gehört u.a. ein Beitrag von 155 Mio. Euro für die Contergan-Stiftung.

In die gesellschaftspolitisch enorm wichtige Arbeit des Bundesfreiwilligendienstes

fließen in diesem Jahr 271 Mio. Euro.

Unserem Ziel, keine neuen Schulden aufzunehmen, kommen wir in diesem Jahr ein großes Stück näher. Der Bund nimmt nur 6,5 Mrd. Euro an neuen Krediten auf – so wenig wie seit 40 Jahren nicht mehr. Damit sind wir auf dem besten Weg, ab 2015 ganz ohne neue Schulden auszukommen. Die Gesamtausgaben in diesem Jahr liegen bei 296,5 Mrd. Euro.

Nr. 18/18. WP
27. Juni 2014

Termine - Vorschau**27.06.2014**

Verleihung der Einsatzmedaille Hochwasser 2013 des Landes BB an THW-Einsatzkräfte, Fürstenwalde

30.06.2014

Podiumsdiskussion mit Jugendlichen aus Dtl., Polen, Ukraine, Weißrussland, Helenesee

03.07.2014

Präsentation der Stellungnahme "Frühkindliche Sozialisation"

Gespräch mit den Ägyptischen Botschafter der Arabischen Republik Ägypten S.E. Herrn Dr. Mohamed Higazy

07.07.-05.09.2014

Sommerpause des Deutschen Bundestages

Ab 1. Juli mehr Rente für Mütter

Die Skepsis war lange spürbar. Viele haben gezweifelt, dass die Union ihr Wahlversprechen einlösen würde, die Mütterrente zu erhöhen. Wir haben Wort gehalten. Ab dem 1. Juli erhalten ca. neun Millionen Mütter, die Kinder vor 1992 geboren haben, eine höhere Rente. Das bedeutet im Westen monatlich 28,14 Euro und im Osten 25,74 Euro mehr. Diese Korrektur ist ein Ausdruck der Gerechtigkeit.

Damit erhalten nun diejenigen Frauen mehr

Rente, die wegen der Erziehung ihrer Kinder zunächst nicht berufstätig sind. Manche hätten damals gern gearbeitet, waren aber daran gehindert, weil es noch nicht genügend Kitas oder gar Krippen gab.

Mit der Erziehung ihrer Kinder haben sie auch heute Rentenbeitragszahler betreut und der öffentlichen Hand enorme Betreuungskosten erspart.

Durch den Verzicht auf Erwerbsarbeit konnten sie allerdings keine Rentenansprüche erwerben. Mit

der Ausweitung der Mütterrente schließen wir daher eine Gerechtigkeitslücke. Die Mütterrente war und ist ein Kernanliegen von CDU und CSU.

Es ist sehr erfreulich, dass auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zur Befürworterin der Mütterrente geworden ist, nachdem die SPD lange die Mütterrente ablehnte (und teilweise noch immer ablehnt).

3 Jahre Bundesfreiwilligendienst

Anfangs stieß er auf sehr viel Skepsis. Doch nun, nach drei Jahren, können wir erfreut feststellen, dass der Bundesfreiwilligendienst ein großer Erfolg von CDU und CSU ist. Er ist Ausdruck des vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements der Menschen in unserem Land.

Jährlich engagieren sich über 40.000 Menschen aus allen Generationen auf ganz unterschiedli-

chen Einsatzgebieten. Das reicht vom sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich bis zum Sport, der Integration sowie im Zivil- und Katastrophenschutz.

Zunehmend höher im Kurs steht der Bundesfreiwilligendienst auch bei älteren Menschen. Lag der Anteil derer, die die 27 schon überschritten hatten, vor zwei Jahren noch bei 36,3 Prozent, ist er inzwischen

auf 42,4 Prozent angestiegen. Es freut mich darum umso mehr, dass es uns gelungen ist, temporäre Schwierigkeiten zu Jahresbeginn zu überwinden. Durch Umschichtungen im Haushalt haben wir es geschafft, fehlende Mittel in Höhe von 20 Mio. Euro bereitzustellen und so einen Einstellungsstopp abzuwenden.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

60 Prozent der Paare in Deutschland halten eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie für das ideale Lebensmodell. Doch nur 14 Prozent aller Eltern haben dieses Ziel bis-

lang erreicht. Was Kommunen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen können, darüber gibt die Broschüre „Mehr Zeit für Familien – kommunale Familienzeitpolitik in Deutschland“

des Bundesfamilienministeriums Auskunft, die im Internet unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen.did=207976.html> abrufbar ist.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro**Frankfurt (Oder)**

Anna Fabisch
Dr. Markus Zaplata
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Di + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro**Eisenhüttenstadt**

Helga Grune
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro**Beeskow**

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Kinderrechte müssen weltweit umgesetzt werden

Am Mittwoch, den 25.06.2014, wurde der UNICEF-Jahresbericht 2014 in Berlin vorgestellt. Der Report setzt sich in diesem Jahr insbesondere für die nachhaltige Entwicklungsarbeit ein.

Mit gezielten Programmen für Gesundheit, das Überleben, die Entwicklung und Bildung von Kindern sowie für den Schutz der Mädchen und Jungen vor Gewalt und Ausbeutung sollen Kinderrechte weltweit umgesetzt werden. Die Tatsache, dass es bei 165 Millionen Kindern weltweit weiterhin Mangel- und Unterernährung mit den Folgen körperlich und geistig rückständiger Entwicklung gibt, sollte in unserer saturierten Gesellschaft mit individueller Übersättigung des Wohlstandsbürgers sehr zu denken geben. Auch das Recht auf Bildung ist weltweit für 57



Schulprojekt in Sambia

Millionen Kinder unzureichend realisiert. Darum ist es gerade im Hinblick auf die geforderte nachhaltige Entwicklung für eine positive Zukunft der Kinder intensiv zu fördern. Die Vernachlässigung der Kinderrechte bedeutet, dass auch keine nachhaltige Zukunftsentwicklung bewirkt wird.

Mit Blick auf die UN-Kinderrechtskonvention, die im November

2014 25 Jahre alt wird, kann ich die von UNICEF ausgesprochene Forderung, sich für den verstärkten Einsatz der Umsetzung der Kinderrechte stark zu machen, vollumfänglich bejahen. Bei der Verabschiedung des Adoptions-Sukzessivgesetzes musste ich immer wieder an das von der UN formulierte Recht der Kinder auf ihre leiblichen Eltern denken.

Netzwerk Frühe Hilfe für Kinder

Am 1. Juli beginnt die zweite Förderphase des Netzwerks Frühe Hilfe. Dafür stellt der Bund 76,5 Millionen Euro zur Verfügung. Ziel dieser Initiative ist es, den Schutz von Kindern zu verbessern. Dazu soll ein flächendeckendes Netzwerk von Frühen Hilfen aufgebaut wer-

den. Dieses Ziel ist in über 90 Prozent aller Jugendamtsbezirke erreicht. Die Hilfsangebote richten sich an alle Eltern ab Beginn der Schwangerschaft. Sie informieren über die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten und bieten insbesondere Eltern in belasteten Lebenssituationen

frühzeitig spezifische Hilfen an. Trotz des erfolgreichen Ausbaus an Netzwerken gilt es noch den Wirkungsgrad zu erhöhen. Vielerorts sind zentrale Partner wie Kinderärzte, niedergelassene Hebammen, Geburts- und Kinderkliniken noch zu selten mit den Netzwerken verknüpft.